

## Leserbriefe



Auf den Abdruck des Namens bei Leserbriefen kann nur in Ausnahmefällen verzichtet werden. Herausgeber und Redaktion sind nicht für den Inhalt der Briefe verantwortlich und behalten sich Ablehnung und Kürzung vor.

### Pendler können ruhig auf ihren Bus warten!

„Ich stehe mit meinem Auto des Öfteren auch eine Stunde im Stau, so können die Kunden des öffentlichen Nahverkehrs wohl auch eine Stunde auf ihren Bus warten“, so sinngemäß der SPD Fraktionsvorsitzende von Wittich nach meinen Ausführungen zu den Verbesserungsvorschlägen des BBB zum Verkehrsvertrag. Diese Vorschläge resultieren aus der Praxis, aber für die Mehrheit der Volksvertreter in Bruchköbel keine Diskussion wert. Damit wird die Wahrscheinlichkeit, dass die neue Anbindung nach Wilhelmsbad von den Pendlern nicht angenommen wird, sehr groß. Ist dies vielleicht aus finanziellen Gründen auch so beabsichtigt? Die grundsätzliche Frage lautet: Wollen wir etwas für unsere Umwelt tun und ein attraktives Angebot „Busse und Bahnen“ schaffen? Dies ist für Herrn von Wittich offensichtlich völlig nebensächlich. Auch die Pendler nach Frankfurt scheinen ihn nicht zu interessieren, die können ja ruhig mal eine Stunde auf ihren Bus warten. Hierbei handelt es sich nicht nur um den Unterzeichner, sondern die Zahl der Pendler nach Frankfurt beträgt in der Region 323.000, hiervon auch nicht wenige aus Bruchköbel. Insgesamt kann der neue Fahrplan höchstens mit der Note befriedigend belegt werden, falls die Verbindung nach Wilhelmsbad sich nicht bewährt wird daraus ein ungenügend und das unter Grüner Federführung. Wo Eigen- und Parteiinteressen im Vordergrund stehen, spielen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger offensichtlich keine große Rolle. Dies kann man in „diesen Tagen“ beim Thema Biogas, aber auch beim öffentlichen Nahverkehr deutlich sehen.

Joachim Reckholz, Bruchköbel

### Bevölkerungswille muss befolgt werden

Grundsätzlich ist die Nutzung von umweltfreundlichen Energieformen zu begrüßen, aber als Betroffener sieht man solche Vorhaben dann doch sehr kritisch. Dem Vernehmen nach hatte ein Bruchköbeler CDU-Abgeordneter die Idee zur Errichtung einer kleinen Biogasanlage mit 0,5 Megawatt Leistung. „Zufällig“ besitzt er dafür ein großes Stück Ackerland, welches nur noch von neutraler Stelle für geeignet erklärt werden muß. Die Abstimmungsentscheidungen zum Bau einer Biogasanlage waren denn auch prompt ungültig, konnten aber im zweiten Anlauf gefasst werden. Im Verlauf der Konkretisierung einer solchen Anlage wurde die Größe bald auf 1,5 Megawatt festgelegt. Der CDU-Abgeordnete und Grundeigentümer des „geeigneten“ Areal ist bei den offiziellen Informationsveranstaltungen bisher nicht persönlich in Erscheinung getreten; jedoch ist auffällig, dass Leserbriefe in den regionalen Medien auftauchen, die von Verfassern mit demselben Namen stammen und die überwiegend ablehnende Haltung der Roßdorfer Bevölkerung zu beeinflussen versuchen. Die Politiker haben auch hier wieder versucht, die Bevölkerung möglichst vor vollendete Tatsachen zu stellen. Nur die politische Opposition hat reichlich spät den Anwohnern die Tragweite vor Augen geführt. Was aber die schlimmste Folge einer Biogasanlage in 600 Metern Entfernung zum Roßdorfer Ortsrand ist bzw. sein sollte, ist die Geruchsbelästigung. Dieser Sachverhalt wird jedoch von den Befürwortern stark verharmlost, um die Anwohner zu beruhigen und den Bau durchzusetzen. Als Beispiele werden die Ostheimer und die Wixhausener Anlagen genannt, die angeblich kaum stinken. Nach Besichtigung beider Anlagen ist festzustellen: Selbstverständlich stinken auch diese beiden kleinen Anlagen ganz ekelhaft, und zwar in mehreren hundert Metern Umgebung, also auch am unmittelbaren Ortsrand von Wixhausen! Die Anlage in Ostheim liegt ca. 1,5 Km vom Ortsrand entfernt. Nur deshalb ist die Ostheimer Bevölkerung (meistens) vor Geruchsbelästigung sicher. Die bei Roßdorf geplante Anlage ist aber dreimal bzw. fünfmal so groß! Als „Beweis“ für die Bewahrung der Roßdorfer Bevölkerung vor Gestank gibt es eine schöne bunte Grafik mit Geruchskeulen, die nach wissenschaftlichen und empirischen Methoden ermittelt und erstellt wurden. Eine so große Anlage stinkt logischerweise nachhaltiger, und die Determinanten für die erstellte Grafik sind aufgrund fehlender Erfahrungen völlig hypothetisch und unzutreffend. Es entwickeln sich wegen der unerträglichen Folgen solcher Bausünden meist nervenaufreibende und kostspielige Streitigkeiten zwischen Anwohnern und Schuldigen. Die fortwährenden Schildbürgerstreiche des Magistrats müssen auch hier im ureigenen Interesse der Betroffenen verhindert werden. Auch die neue Mannschaft scheint nicht begreifen zu wollen, dass Politiker in erster Linie Diener ihrer Bevölkerung sein sollen. Der Wille der Roßdorfer Bevölkerung, die mehrheitlich keine Biogasanlage will, muß dem Magistrat Befehl sein. Ungeschert jeglicher Gutachten, Unbedenklichkeits-erklärungen und prognostizierter vermeintlicher Vorteile muß der Bevölkerungswille befolgt werden! Allein die Befürchtungen eventueller Nachteile müssen bereits ausschlaggebend für die Verwerfung dieses ungewissen Experiments sein! Da dies wohl kaum der Fall sein wird, sollten sich alle Bruchköbeler Bürger mit den Roßdorfern solidarisieren und mit ihrer Stimme bei einem Bürgerbegehren gegen den Bau der Biogasanlage stimmen.

Manfred Reichelt-Gärtner, Bruchköbel

### Bruchköbels falscher Weg

Pseudodemokratisch und sehr peinlich wie ein Bruchköbeler Grüne Abgeordneter das Bürgerbegehren für die Standortbestimmung ausbremste. Kein guter Tag für die Politik in Bruchköbel - obwohl der Bürgermeister, der aber auch nichts ändern kann, nach dem Rauswurf beschwichtigende Worte für die enttäuschten Roßdorfer fand. Hier sei noch nicht das letzte Wort gesprochen worden, so seine Worte. Dieser Weg, den die Fraktion hier beschreiten will, ist mit Sicherheit der falsche. Erst müssen die Hausaufgaben in allen Richtungen gemacht werden. Alleine durch die Logistik werden die Landschafts- und Erholungsflächen und die gewachsenen biologischen Systeme viel zu stark belastet. Zusätzliche Gewerbestraßen wären zur Bewältigung der riesigen Biomassen notwendig. 5 Millionen Liter stinkende Gülle und tausende von Tonnen Biomasse sollen in der Nähe von wichtigen Wasserschutzgebieten gelagert, verarbeitet und hin- und her transportiert werden. Die Gefahr der Trinkwasser-verseuchung durch Rindergülle ist latent vorhanden. Aber auch ein evtl. verunfallter Tankwagen an der Ampelanlage der B45 mit Übergriff auf die Gasanlage hätte unüberschaubare Folgen. Roßdorfer Bürger sind für eine Biogas-Anlage, aber sie wollen nicht, dass ein nahegelegenes Erholungs-, Sport- und Freizeitgebiet eine Autobahn für die Monster-Traktor-Fahrzeuge und Schwertransporter wird.

Dieter Köth-Widera, Bruchköbel